

Niedersächsisches Ministerialblatt

59. (64.) Jahrgang

Hannover, den 30. 9. 2009

Nummer 39

INHALT

| | | | |
|---|-----|--|-----|
| A. Staatskanzlei | | Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie | |
| Bek. 15. 9. 2009, Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland | 853 | Bek. 4. 9. 2009, Feststellung gemäß § 6 NUVPG (EWE Netz GmbH, Oldenburg) | 859 |
| B. Ministerium für Inneres, Sport und Integration | | Bek. 7. 9. 2009, Feststellung gemäß § 5 NUVPG (Friedeburger Speicherbetriebsgesellschaft mbH „Crystal“, Friedeburg) | 859 |
| C. Finanzministerium | | Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr | |
| D. Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit | | Vfg. 17. 9. 2009, Widmung einer neu gebauten Straße im Zuge der Bundesstraße 248 | 859 |
| E. Ministerium für Wissenschaft und Kultur | | Vfg. 17. 9. 2009, Einziehung einer Teilstrecke im Zuge der Bundesstraße 248 | 859 |
| F. Kultusministerium | | Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz | |
| G. Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr | | Bek. 17. 9. 2009, Feststellung gemäß § 6 NUVPG (Harzwas-serwerke GmbH, Hildesheim) | 860 |
| Erl. 1. 10. 2009, Richtlinie über die Gewährung von Zuwen-dungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms „Weiterbildungsoffensive für den Mittelstand (WOM)“ | 854 | VO 17. 9. 2009, Verordnung über die Festsetzung des Über-schwemmungsgebietes der Schunter | 860 |
| 82300 | | Bek. 30. 9. 2009, Vorläufige Sicherung des Überschwem-mungsgebietes der Schwülme in den Landkreisen Göttingen und Northeim | 861 |
| Erl. 1. 10. 2009, Bewertung der Qualitätskriterien der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Programms „Weiterbil-dungsoffensive für den Mittelstand (WOM)“ | 857 | Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg | |
| 82300 | | Bek. 18. 9. 2009, Genehmigung nach dem BImSchG; Öffent-liche Bekanntmachung (Pro Food Company GmbH & Co. KG, Nortrup) | 861 |
| H. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung | | Stellenausschreibung | 870 |
| I. Justizministerium | | Neuerscheinung | 870 |
| K. Ministerium für Umwelt und Klimaschutz | | | |
| RdErl. 3. 9. 2009, Richtlinie über die Gewährung von Zu-wendungen zur Förderung der Wiedernutzung brachliegender Flächen (Brachflächen- und Altlasten-Förderrichtlinie) | 858 | | |
| 28300 | | | |

A. Staatskanzlei**Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland****Bek. d. StK v. 15. 9. 2009 – 203-11700-5 FI HH –**

Die Bundesregierung hat der zur Leiterin der berufskonsularischen Vertretung von Finnland in Hamburg ernannten Frau Tikka am 8. 9. 2009 das Exequatur als Generalkonsulin erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst die Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein.

Das der bisherigen Generalkonsulin, Frau Blinnikka, am 2. 9. 2005 erteilte Exequatur ist erloschen.

— Nds. MBl. Nr. 39/2009 S. 853

Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz**Feststellung gemäß § 6 NUVPG
(Harzwasserwerke GmbH, Hildesheim)**

Bek. d. NLWKN v. 17. 9. 2009 — VI.62505 —

Die Harzwasserwerke GmbH, Nikolaistraße 8, 37731 Hildesheim, hat gemäß § 13 i. V. m. § 24 NWG i. d. F. vom 25. 7. 2007 (Nds. GVBl. S. 345) die Erteilung einer Bewilligung für den Aufstau des Wintertalbaches sowie die Ableitung von Oberflächenwasser über den Oker-Grane-Stollen in die Granetal Sperre beantragt. Diese Überleitung dient sowohl dem Hochwasserschutz der Stadt Goslar als auch der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung ans der Granetal Sperre. Zu diesem Zweck wird ein Ableitungsbauwerk im Wintertalbach ca. 1 500 m oberhalb des Herzberger Teiches errichtet.

Für das o. g. Vorhaben ist gemäß § 3 d i. V. m. Nummer 13.7.2 Anlage 1 UVPG und aufgrund von § 3 i. V. m.

Nummer 7 Anlage 1 NUVPG durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles unter Berücksichtigung der in Anlage 2 NUVPG aufgeführten Kriterien festzustellen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass für dieses Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht durchzuführen ist.

Das Ergebnis dieser Feststellung wird hiermit gemäß § 6 NUVPG öffentlich bekannt gegeben.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

— Nds. MBl. Nr. 39/2009 S. 860

**Verordnung
über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes
der Schunter**

Vom 17. 9. 2009

Aufgrund der §§ 92 a und 93 NWG vom 25. 7. 2007 (Nds. GVBl. S. 345) wird verordnet:

§ 1**Überschwemmungsgebiet**

(1) Für die Schunter in der Stadt Braunschweig und der Samtgemeinde Papenteich wird ein Überschwemmungsgebiet festgesetzt. Das Überschwemmungsgebiet beginnt in der Stadt Braunschweig, Ortsteil Hondelage (Stadtgrenze) und endet an der Einmündung in die Oker.

(2) Die Grenzen des Überschwemmungsgebietes sind in den mitveröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 25 000 (Anlagen 1 und 2) eingezeichnet. Die genauen Grenzen des Überschwemmungsgebietes ergeben sich aus 14 Karten im Maßstab 1 : 5 000, die Bestandteil dieser Verordnung sind.

(3) Der Verordnungstext und die Karten können vom Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung an während der Dienststunden bei der unteren Wasserbehörde der Stadt Braunschweig sowie des Landkreises Gifhorn kostenlos eingesehen werden.

§ 2**Verbote, Genehmigungspflicht**

Verbote und Genehmigungspflichten für Handlungen oder Maßnahmen im Überschwemmungsgebiet richten sich nach den Vorschriften des NWG in der jeweils geltenden Fassung.

§ 3**Ausnahmen**

Genehmigungsfrei im Überschwemmungsgebiet sind

- a) das Lagern von Stroh-, Heu- und Silageballen sowie Lesesteinhaufen in der Zeit vom 1. April bis zum 30. Sep-

tember eines jeden Jahres mit der Maßgabe, dass sie bei Hochwassergefahr zu entfernen sind; diese tritt ein, sobald die Schunter bordvoll ist und droht über die Ufer zu treten;

- b) das Zwischenlagern von Zuckerrüben für die Zuckerrübenabfuhr auf den Schlägen bis längstens eine Woche nach der Rodung mit der Maßgabe, dass sie bei Hochwassergefahr zu entfernen sind; diese tritt ein, sobald die Schunter bordvoll ist und droht über die Ufer zu treten;

- c) das Aufstellen von ortsüblichen Weidezäunen und Viehtränken.

§ 4**Bestandsschutz**

(1) Anlagen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung wirksam zugelassen oder rechtmäßig vorhanden sind, bleiben weiter zugelassen.

(2) Die Zulässigkeit von Anordnungen der Wasserbehörde nach § 92 a Abs. 5 i. V. m. § 92 a Abs. 4 Satz 4 NWG bleibt unberührt.

§ 5**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung im Nds. MBl. in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die Regelungen des Gesetzes über die Freihaltung des Überschwemmungsgebietes der Wasserläufe vom 10. 11. 1921 (Gesetz- und Verordnungssammlung für die Braunschweigischen Lande S. 299) hinsichtlich der Schunter im Gebiet der Stadt Braunschweig außer Kraft.

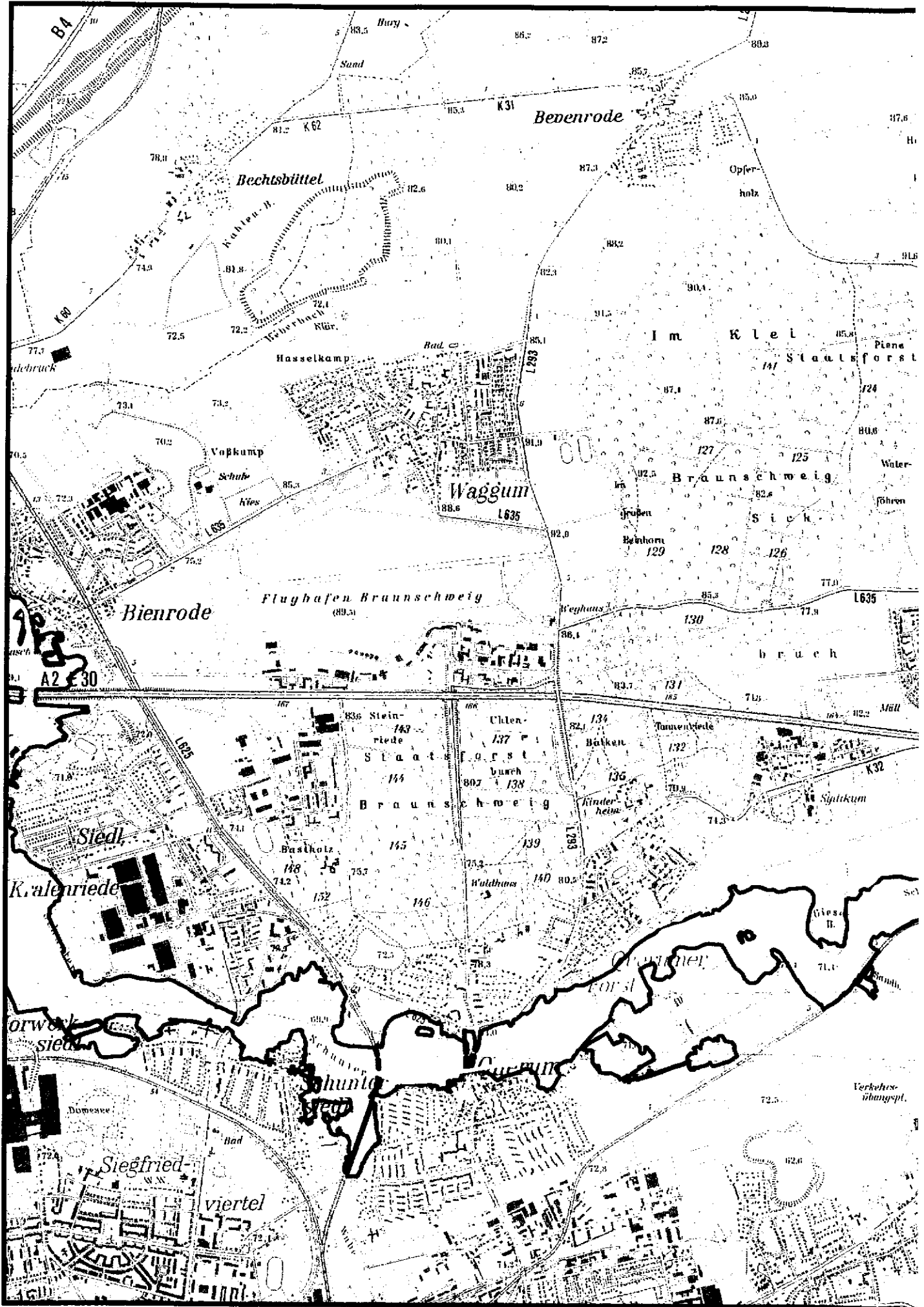
Braunschweig, den 17. 9. 2009

**Niedersächsischer Landesbetrieb
für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz**

Spengel

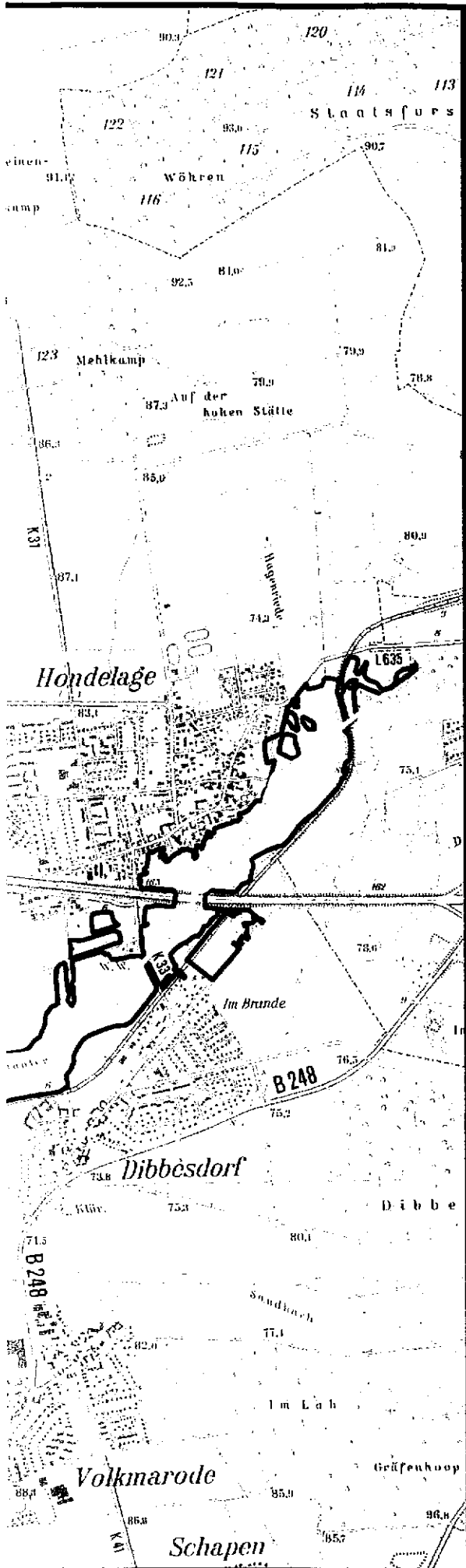
— Nds. MBl. Nr. 39/2009 S. 860

Die Anlagen sind auf den Seiten 862—865 dieser Nummer des Nds. MBl. abgedruckt.





Niedersächsischer Landesbetrieb
für Wasserwirtschaft, Küsten-
und Naturschutz



Ausweisung des Überschwemmungsgebietes der Schunter Stadt Braunschweig / Landkreis Gifhorn

Übersichtskarte 1 von 2

Legende

Überschwemmungsgebiet

festgesetztes Überschwemmungsgebiet
 Gewässer

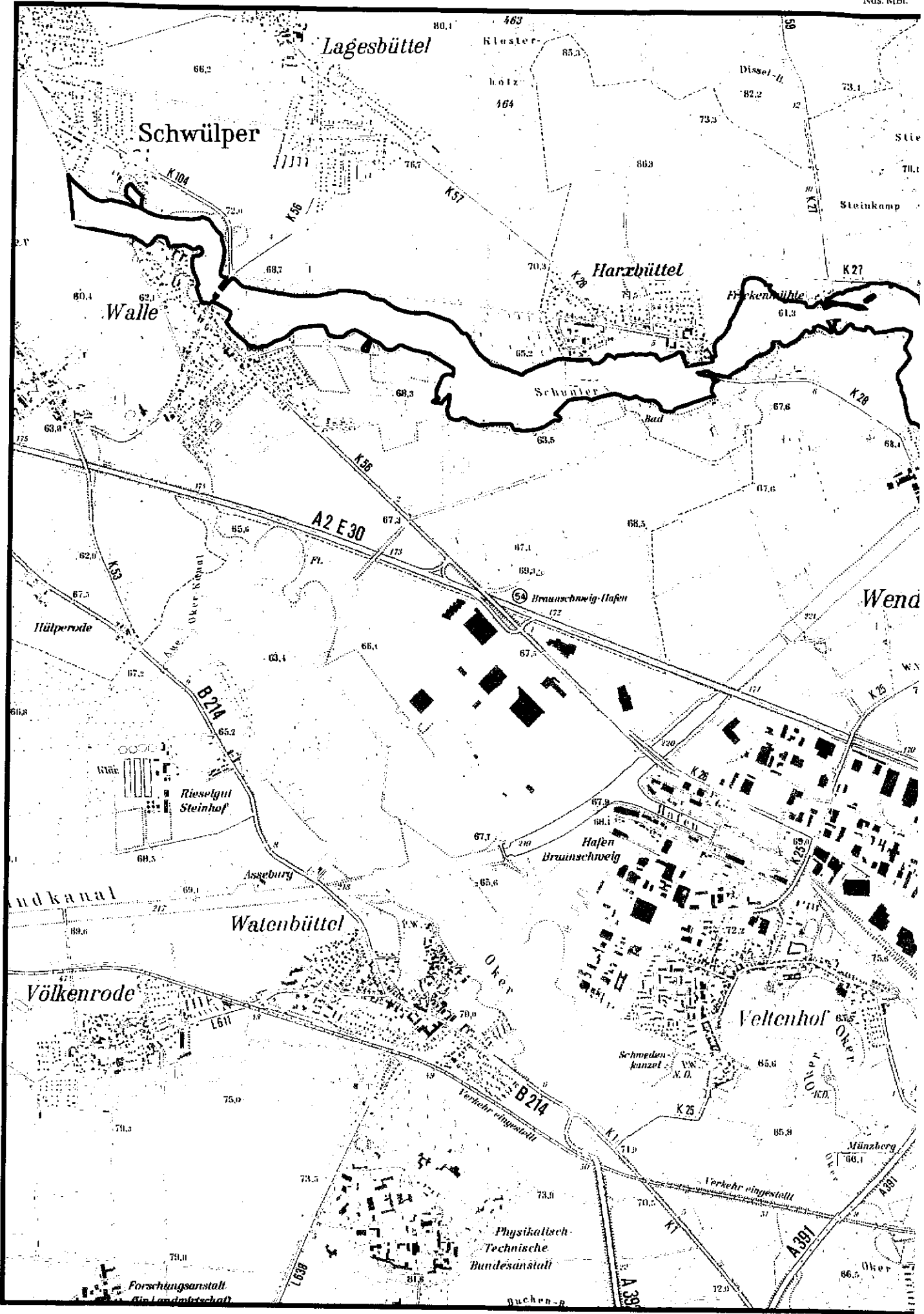


Quelle:
Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen
Vermessungs- und Katasterverwaltung
© 2005



Braunschweig, den 17.09.2009
Az: GB IV.62023

Spengel







Niedersächsischer Landesbetrieb
für Wasserwirtschaft, Küsten-
und Naturschutz

Ausweisung des Überschwemmungsgebietes der Schunter Stadt Braunschweig / Landkreis Gifhorn

Übersichtskarte 2 von 2

Legende

Überschwemmungsgebiet

 festgesetztes Überschwemmungsgebiet
 Gewässer

0 250 500 1000 1500 Meter 1 : 25000

Quelle:
Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen
Vermessungs- und Katasterverwaltung 
© 2005

Braunschweig, den 17.09.2009
Az: GB IV.62023

Spengel

